„Der Courier"

Ein Organ deutschsprechender Canadier!
Erscheint jeden Mittwoch.

Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS' ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann,
Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Redakteur.
Geschäftslokal — 1835-1837 Halifax Street, Kryjick Bost.
Telephon 3391

Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Mittwochausgabe, 12—32 Seiten stark.

Für Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.25; drei Monate 75c; ein Monat, 35c.

Für's Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00; drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.

Reklame kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.

Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw. Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75c; für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 75c.

Organisation der Deutsch-Canadier

Im „Courier" (Nr. 21 vom 30. März) konnten wir unseren Lesern zwei hochertreuliche Mitteilungen zukommen lassen, einmal die Gründung eines deutschen Vereins in Vancouver, B. C., und dann das entschlossene Eintreten der Ortsgruppe Edmonton, Alta., des Deutsch-Canadischen Nationalverbands für bedeutsame Fragen des canadischen Deutschtums.

Wir begrüßen dieses rege Organisationsleben in Britisch Columbien und Alberta auf das Herzlichste und beglückwünschen die Führer und Mitglieder der beiden Vereine zu ihrem rührigen Streben und Schaffen, das hoffentlich recht reiche Früchte zum Besten unserer deutschen Sache trägt.

Es sind ernste und bedeutsame Ziele, welche sich die beiden Vereine gesetzt haben. Sie wollen weit mehr sein als nur Pflegestätten deutscher Geselligkeit und Gemütlichkeit. Und das ist gut so, obwohl gewiß auch dieser Gesichtspunkt bei Förderung des deutschen Organisationslebens nicht unbeachtet bleiben darf. Aber Vergnügungen und Unterhaltungen sollen nicht den Hauptzweck sondern nur ein Mittel zu einem höheren Zweck darstellen. Sie sollen die Alten, aber noch mehr die Jungen von englischen Vergnügungsstätten ablenken und ihnen das Gefühl des Zuhauseseins in deutschen Kreisen einflößen. Wir dürfen das hierzulande sicherlich nicht unterschätzen, wo die Vereinglichung von den verschiedensten Seiten mit Hochdruck betrieben wird. Sollen wir als Menschen deutscher Zunge und deutschen Blutes, welche auf eine eigene große Kultur mit Stolz hinweisen dürfen, uns vom Strome der Anglisierung willenlos hinwegreißen lassen? Sollen wir das Gold deutschen Gemütes mit dem Blech amerikanischen Zufriedenheitsrummels vertauschen? Daher müssen unsere Unterhaltungen auf deutschen Geist und deutschen Sinn für das Schöne und Edle eingestellt sein, müssen durchweht sein von deutschem Gemüt, das die Alten und die Jungen mit magischer Gewalt in seinen Bann zieht.

Aber der Endzweck unserer deutschen Vereine muß weit erhabener sein. **Sie müssen Sammelpunkte und Appellplätze für die Deutschcanadier sein, müssen aufklärend und belehrend wirken, die Lauen und Gleichgültigen aufrütteln, die Schwachen und Hilfsbedürftigen unterstützen, den Einwanderern als Auskunfts- und Beratungsstellen dienen, den canadischen Bürger deutscher Abstammung zur Erfüllung seiner Bürgerpflichten anspornen, die deutsche Muttersprache in Familie und Schule pflegen und die besonderen öffentlichen Interessen des Deutschtums in diesem Lande schützen und verteidigen.** Das sind große und schwere Aufgaben, die wir in Canada nur erfüllen können, wenn wir über alle parteipolitischen und konfessionellen Unterschiede, über alle kleinlichen Bedenken aus Gründen des Herkunftslandes oder des Standes hinweg uns **als eine Bluts- und Schicksalsgemeinschaft aller Deutschsprechenden fühlen.** Dabei müssen wir mit beiden Füßen auf dem Boden dieses neuen Landes stehen, gewissen unabänderlichen Verhältnissen in kluger Weise Rechnung tragen, aber doch uns stets bewußt bleiben, daß das deutsche Element auf Grund seiner Leistungen beim wirtschaftlichen Aufbau Canadas auch berechtigte Ansprüche auf besondere Berücksichtigung seiner Eigenart erheben darf. Die Ortsgruppe Edmonton des Deutsch-Canadischen Nationalverbands ist in dieser Beziehung mit glänzendem Beispiel vorangegangen, indem sie **die gewiß gerechtfertigte Forderung nach Anstellung** deutschsprechender Beamten, Inspektoren und Dolmetscher in den verschiedenen Regierungsbüros geltend machte. Unsere freundliche Sympathie und unsere warme Befürwortung sind diesem Ersuchen unserer deutschen Freunde in Edmonton sicher.

Unser Herzenswunsch ist es, daß die deutschen Organisationsbestrebungen in Edmonton und Vancouver von Erfolg gekrönt werden und auf die deutschsprechenden Kreise in allen Teilen Canadas anspornend wirken möchten, damit im Laufe der Zeit ein wahrer Deutsch-Canadischer Nationalverband zustande komme, der den bedeutsamen Faktor des deutschen Elements auch äußerlich zu starkem Ausdruck bringt. Die Unterstützung des führenden deutschen Organs in Canada, des „Courier", ist allen aufrichtigen Bemühungen zur Erreichung dieses hohen Zieles sicher.

Das Erwachen Asiens

Ansicht eines deutschen Chinakenners

Ein durch vieljährigen Aufenthalt in China mit den dortigen Verhältnissen gut vertrauter Journalist spricht sich über die innerpolitischen Probleme Chinas folgendermaßen aus:

„Alle englischen Schwierigkeiten in Ostasien stammen aus dem Begriff, den man „das Erwachen Asiens" nennen kann. Ob, wenn der Weltkrieg noch einmal zu schlagen wäre, England wieder den Begriff vom „Selbstbestimmungsrecht der Völker" agitatorisch verwenden würde, kann man bezweifeln. England hat sich in der Nachkriegszeit in Indien und in Ceylon zu Konzessionen „an das erwachende Asien genötigt gesehen. In China aber waren die Engländer nicht die herrschende Nation, sondern nur Fremde mit herausfordernd starken Vorrechten, mit außerordentlichem, auf ihrer Weltmacht und auf ihrer Handelsgröße beruhenden Einfluß.

„So entstanden Gegensätze, die ganz von selbst zum Austrag drängen mußten. Sie sind durch die von den Engländern im Kriege begangenen Hauptfehler — Verwendung farbiger Truppen gegen die Mittelmächte und Vertreibung der China-Deutschen aus Kontor, Haus und Hof — überaus verschärft worden, da diese Maßnahmen den Chinesen zeigten, daß es eine Solidarität der weißen Rasse praktisch nicht mehr gebe. Diese Fehler haben auch für die bolschewistische Agitation den besten Nährboden abgegeben.

„Die bolschewistische Agitation in Asien arbeitet nicht etwa nach den gleichen Methoden, nach denen sie in England oder Deutschland verfährt. Sie hat den nationalen Gedanken in den Vordergrund gestellt, und nützt die sozialen Gegensätze im wesentlichen nur so weit aus, als sie mit denen zwischen Einheimischen und Fremden zusammenfallen. Die Kuomintang, die Partei des verstorbenen Idealisten Sun Jat-Sen, ist gewiß nicht als chinesischer Ableger der Moskauer Internationale zu werten. Wenn man deutsche Verhältnisse als Analogie benutzen will, so umfaßte sie alle Parteien von den Kommunisten bis zu den Nationalisten. Aber da sie es nötig hat, in den großen Städten die Volksmassen auf ihre Seite zu ziehen, und die Volksmassen in China in einem für Ausländer fast unvorstellbaren Maße zum „Lumpenproletariat" gehören, so ist selbstverständlich, daß der Pöbel weit über die Wünsche der Führenden hinaus seine Rolle spielt.

„Ueberall, wohin der Kuomintang seine Herrschaft ausgebreitet hat, werden über Nacht Gewerkschaften zusammengekittet und die machttrunken gewordenen Kulis, von den Agitatoren angespornt, stellen groteske Forderungen auf. Und hat sich der Kaufmann, der seine Waren abtransportieren muß, mit der Gewerkschaft geeinigt, dann laufen die Kulis zum Komprador, dem chinesischen Zwischenhändler, und verlangen von ihm noch einmal das gleiche. Das sind Lächerlichkeiten, die aber ihre ernste Seite haben, da sie der regelmäßigen Handelsverkehr stoßen lassen, die Spesen in einer gar nicht mehr auskalkulierbaren Art und Weise erhöhen und Warenlieferungen vielfach so lange verzögern, bis der Käufer, kein Interesse an der Lieferung mehr hat, und das Geschäft in einer solchen Weise, daß jeder Kaufmann froh sein muß, wenn er ohne Verlust abschneidet.

„Hierzu kommt, daß die Kantoner Regierung infolge der Bestrebungen des radikalen Flügels, die Kontrolle an sich zu reißen, von einer Stabilisierung ihrer Macht sehr weit entfernt ist und mit großen finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hat.

„Bei alledem hat aber der Kuomintang das eine vor seinen Gegnern in Nordchina voraus, daß ihm eine Art von Volksbewegung zur Seite steht, wobei eigentlich aber nur eine dünne, europäisch beeinflußte Intellektuellen-Schicht von der nationalen Idee wirklich erfaßt ist. Was in den großen Städten an Gewerkschaftsbildung und Pöbelemporung nebenher läuft, hat kaum irgendwelchen ideellen Wert.

„Im allgemeinen abendländischen Interesse kann man nur wünschen, daß die englische Politik ihr eigenes Interesse hinreichend erkenne, um sich mit der Chinesen schiedlich, friedlich zu einigen. Eine Entwicklung kann man nicht mit Bombengeschwadern und Maschinengewehren bekämpfen, man kann nur suchen, sie zu anfangen, daß sie möglichst langsam und organisch vor sich geht."

Weltumschau

Deutschland.

Reichsaußenminister Stresemann antwortete auf eine diesbezügliche Interpellation im Reichstag, „mit Wissen und Zustimmung der Reichsregierung hätten keine Waffenverschiffungen von Deutschland nach China stattgefunden." — Ueber den derzeitigen Status der albanischen Kontroverse zwischen Italien und Südslawien befragt, antwortete der Außenminister, die Großmächte, einschließlich Deutschlands, träfen alle nur erdenklichen Maßnahmen, um den Frieden zu sichern und direkte Verhandlungen zwischen den strittigen Parteien herbeizuführen.

Die Fertigstellung des riesigen lenkbaren Luftschiffes für den spanisch-südamerikanischen Luftdienst ist in Frage gestellt, da sich der Reichstag geweigert hat, die 2,000,000 Mark zu bewilligen, um welche die Zeppelin-Werke in Friedrichshafen am Bodensee nachgesucht hatten. Eine vor einigen Jahren vorgenommene öffentliche Sammlung zum Bau des Luftriesen war nicht imstande, die gesamten Baukosten von 4½ Millionen Mark aufzubringen. Eine Privatanleihe wird nunmehr notwendig.

Der Reichstag hat den wichtigen Teil der Budget-Vorlage der Koalitionsregierung, der den Bundesstaaten aus den Reichssteuereingängen einen Anteil von 2,600,000,000 Mark zuweist, in dritter Lesung angenommen. Auch der im Zusammenhang mit der Regelung des Finanzausgleiches eingebrachte Gesetzentwurf, der die Beteiligung der Staaten Württemberg, Bayern und Baden an den Erträgnissen der Biersteuer neu regelt, wurde genehmigt. Nach diesem Gesetzentwurf erhalten die genannten Staaten etwa 13½ Prozent des Aufkommens an Biersteuer in ihren Ländern. Das bedeutet, daß Bayern künftighin 15 Millionen, Württemberg 8,630,000 und Baden 5,755,000 Mark aus der Biersteuer erhält. Die sozialistischen Blätter behaupten, daß die besondere Zuwendung von 15 Millionen Mark an Bayern aus der Biersteuer der Preis sei, der Bayern für den Anschluß der Bayerischen Volkspartei an die Koalitionsregierung gezahlt wurde.

Die Deutschvölkische Partei hat als Parlamentspartei ihr Ende gefunden. Diese kleine Gruppe war in ihrem Innern zersplittert und ihre einzelnen Glieder bekämpften einander mit großer Schärfe. Jetzt ist sie ganz auseinandergefallen und hat sich in vier Gruppen aufgelöst. Eine Gruppe bleibt als Rest der bisherigen deutschvölkischen Fraktion zurück und zählt fünf Abgeordnete. Eine zweite Gruppe, diejenige der Nationalsozialisten, besteht aus sechs Abgeordneten. Eine dritte Gruppe, die sich Volksrechtspartei nennt, zählt nur zwei Abgeordnete. Zwei Mitglieder der Deutschvölkischen Partei, unter ihnen Ludendorff, erklärten sich als „Wilde". Mit dem Auseinanderfallen der deutschvölkischen Fraktion haben die völkischen Abgeordneten die Möglichkeit verloren, im Reichstag Fraktionsrechte auszuüben. Die Völkischen können also im Reichstag keine selbständigen Anträge mehr stellen, keinen Sitz in den Ausschüssen beanspruchen und auch nicht mehr zum Aeltestenrat gehören.

In Uebereinstimmung mit dem Dawes-Abkommen händigte die Bank für deutsche Industrieverpflichtungen dem Generalagenten für Reparationszahlungen die Summe von 125,000,000 Mark ein. Der Betrag stellt die erste halbjährliche Zinsleistung dar, die für das dritte Reparationsjahr auf die deutsche Industrie-Hypothek von 5,000,000,000 Mark fällig ist.

General a. D. Ernst von Wrisberg starb heute im Alter von 64 Jahren an einem Herzschlage, nachdem er einen Wortwechsel mit einem Polizisten gehabt hatte. Der Polizist wollte den General daran hindern, daß dieser vor dem Bismarck-Denkmal in der Nähe des Reichstagsgebäudes anläßlich des 112. Geburtstages von Bismarck eine Ansprache an frühere Offiziere hielt. Der Polizist wies darauf hin, daß nach dem Gesetze Demonstrationen im Umkreise von einer Meile vom Reichstage verboten seien. Der General nahm von der Rede Abstand, erregte sich jedoch durch den Vorfall dermaßen, daß er einen Herzschlag erlitt. Während des Krieges war General Wrisberg dem Kriegsministerium zugeteilt. Er trat im Jahre 1919 ins Privatleben über und schrieb von da an für die nationalistischen Zeitungen über militärische Themen.

Das Preußische Staatsministerium hat gegen den Mathematiker an der Greifswalder Universität, Professor Dr. Vahlen, auf Dienstentlassung erkannt. Die Verfehlungen des Professors Vahlen bestanden nicht nur in der Niederholung der Reichsflagge, sondern auch in einer Beschimpfung der Reichsfarben und in Schmähungen gegen den verstorbenen Reichspräsidenten Ebert und den Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht.

Oesterreich.

Schweden und Oesterreich haben die endgültigen Ratifikationen eines Vertrages ausgetauscht, nach welchem der Krieg unter allen Umständen ungesetzlich gemacht wird. Dies ist der achte einer Reihe von acht unbeschränkten Schiedsgerichtsverträgen, die kürzlich von der schwedischen Regierung abgeschlossen wurden. Die anderen sind mit Norwegen, Finnland, Dänemark, Polen, Belgien, Tschechoslowakei und Deutschland eingegangen worden.

Großbritannien.

Das gemeinsame Komitee des „Trade Union Congreß" und der Arbeiterpartei nahm eine Resolution mit dem Beschlusse an, die von der Regierung neuerlich eingereichte Vorlage, durch welche die Macht der Gewerbevereinigungen beschnitten werden soll, auf das äußerste zu bekämpfen. Die Resolution bezeichnet die Vorlage als einen „Angriff auf die Arbeiter-Organisationen aus Gründen der Klassen- und Parteifeindschaft". Es scheint, daß die Regierung nichts anderes hätte vorschlagen können, um jeden Teil der Arbeiterbewegung von der extremsten bis zu der gemäßigsten Gruppe zu vereinigen, um die Vorlage der Regierung zu bekämpfen. In allen Hauptquartieren der Arbeiterverbände wird erklärt, daß die Regierung, die eine Minderheit der Wähler vertrete, nicht berechtigt sei, eine derartige Maßnahme ohne ein Mandat vom Lande vorzuschlagen. J. Ramsay MacDonald, der Arbeiterführer im Parlament und frühere Premier, bezeichnete die Vorlage als „einen der gefährlichsten Ausflüge des Klassenkampfes", den er je gekannt habe, während A. J. Cook, der Sekretär des Minenarbeiterverbandes, erklärte, die Vorlage „zielt darauf ab, die Macht des Arbeiters in industrieller und politischer Hinsicht zu vernichten". Nach der von der Regierung vorgeschlagenen Maßnahme wird als ungesetzlich erklärt, einen Streik anzuzetteln, um die Regierung oder das Land einzuschüchtern; Streikposten würden mit Geld- oder Freiheitsstrafen belegt werden, und Streikposten vor den Wohnungen der Arbeiter würden ungesetzlich sein.

Großbritanniens Arbeiterschaft und die Arbeiterpartei haben einen Beschluß gefaßt, die Regierung aufzufordern, angesichts der widersprechenden Meldungen über die Vorgänge in Nanking von der Absendung eines Ultimatums nach China Abstand zu nehmen. In dem Beschlusse heißt es, ein solches Ultimatum würde, wenn es abgelehnt würde, Großbritannien automatisch in einen Kriegszustand hineintreiben. Die Regierung wird daher in dem Beschluß ersucht, in Unterhandlungen wegen der Nanking-Zwischenfälle einzutreten und, wenn diese Unterhandlungen zu keinem Ausgleich führen sollten, die Angelegenheit dem Völkerbund zu unterbreiten.

Frankreich.

Die neueste Nummer der französischen Zeitschrift „La Revue des Vivants" ist nahezu ausschließlich dem Problem der deutsch-französischen Annäherung gewidmet. Der Aufsatz eines anonymen militärischen Mitarbeiters behandelt den Ausbau der Grenzbefestigungen. Der Verfasser dringt auf schleunigen Beginn der Befestigungsarbeiten. Der Vertrag von Versailles habe die französischen Erwartungen bezüglich der Wiederherstellung „der natürlichen Grenze der Gallier" — des Rheins — nur unvollständig erfüllt. An eine Räumung des Rheinlandes sei nicht zu denken, „bevor nicht das große Verteidigungssystem mit all den Vervollkommnungen vollendet sei, die eine lange Kriegserfahrung und die moderne Kriegswissenschaft den Franzosen lehrte." — Ein anderer Mitarbeiter der Zeitschrift, Max Hermant, glaubt, daß die Besetzung des Rheinlandes auf die dortige Bevölkerung einen „wohltuenden" Einfluß ausübte. Im besetzten Gebiet herrsche jetzt zwischen Franzosen und Deutschen weniger Mißtrauen und Abneigung (!) als in den Hauptstädten beider Länder. Wenn die französisch-deutsche Annäherung einmal Wirklichkeit werde, dann werde man sich daran erinnern, daß Deutschland sich niemals dazu hergegeben hätte, wenn es nicht geglaubt hätte, daß diese Annäherung seinem eigenen Nutzen entspreche, und wenn es nicht aufgehört hätte, Frankreich als ein Land des Niedergangs zu betrachten. Durch die Berührung im besetzten Gebiet mit Frankreichs Jungmannschaft, mit seinen Beamten und Führern hätten die Deutschen neue Achtung vor Frankreich gewonnen. — Eine „Rundfrage" bei Führern der Vereinigungen ehemaliger Frontkämpfer fördert in der Hauptsache Aeußerungen einer oft sehr gehässigen Gesinnung zutage. Es heißt da beispielsweise, daß die Aufnahme guter Beziehungen zu den Deutschen nichts anderes bedeute, als daß man „einen Haufen Spione ins Land locke". Auch aus Aeußerungen, in denen eine Versöhnung befürwortet wird, spricht unverhohlenes Mißtrauen gegen Deutschland.

Die Pariser Polizei befahl den Besitzern mehrerer Wandelbilder-Theater das „beleidigende" Wort „Boche" von einem nun gezeigten Film zu entfernen und es durch „Allemand", das französische Wort für „Deutscher", zu ersetzen.

Italien

Der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen ist in Rom eingetroffen, um mit Premier Mussolini zu konferieren. Als Hauptzweck der Zusammenkunft der beiden Staatsmänner wird die Regelung der Fiumener Hafenfrage bezeichnet, doch die ganze italienische Presse, die Graf Bethlen wärmstens begrüßt, ist der Ansicht, daß der Abschluß eines Freundschafts-Vertrages zwischen Italien und Ungarn das mögliche Resultat der Konferenz sein werde. Nach einer halbstündigen Unterredung der zwei Ministerpräsidenten wurde in einer amtlichen Mitteilung erklärt, daß sich während der Konferenz eine volle Uebereinstimmung der Ansichten der beiden Staatsmänner ergab. In der Konferenz wurde auch ein Abkommen über die Eröffnung Fiumes für den ungarischen Handelsverkehrs vereinbart, doch wird erklärt, es müsse noch die Bewilligung der jugoslavischen Regierung für den Warendurchgang durch den in ihrem Besitz befindlichen Korridor, der nach Fiume führt, eingeholt werden. Unterhandlungen hierüber werden zwischen Budapest und Belgrad direkt geführt und man hofft, daß Jugoslaviens Genehmigung vorliegen wird, bevor Graf Bethlen Rom verläßt.

Das Kabinett hat heute ein Dekret genehmigt, das die Regierung ermächtigt, in Savona, Genua, Livorno, Neapel, Brindisi, Ancona, Venedig, Triest, Fiume, Palermo, Messina, Catania und Cagliari, Sardinien Freihäfen einzurichten. Der Regierung wird durch das Dekret das Recht eingeräumt, die genannten Häfen entweder ganz oder teilweise vom 1. Januar 1928 auf 20 Jahre als Freihäfen zu proklamieren, die von allen Zollverordnungen befreit werden sollen.

Jugoslawien

Jugoslawien hat im äußersten Westteile des Hafens von Saloniki eine Freizone im Ausmaße von 569,000 Quadratfuß. Saloniki spielt augenblicklich im Einfuhrhandel nach Jugoslawien eine weitaus größere Rolle als im südslawischen Ausfuhrhandel. Heute schon ein äußerst wichtiger Umschlagplatz für die Einfuhr nach Jugoslawien wird es bei entsprechender südslawischer Ausfuhrpolitik auch für die Ausfuhr wachsende Bedeutung gewinnen. Jugoslawien hat von Griechenland in Saloniki auch 380,000 Quadratfuß seichteren Meeres erhalten, die aber ungeheuere Kapitalsanlage erfordern, um für den Wirtschaftsverkehr brauchbar zu werden. Sie kommen daher für absehbare Zeit nicht in Betracht.

Rußland.

Drei hohe russische Beamte in Diensten der deutschen Aktiengesellschaft „Mologoleck", deren Präsident der frühere Reichskanzler Wirth ist, sind wegen Bestechlichkeit und Bestechung zum Tode verurteilt worden. Dreizehn andere russische Beamte derselben Gesellschaft erhielten unter gleichen Anklagen Gefängnisstrafen. Das gesamte Vermögen der zum Tode Verurteilten wird beschlagnahmt. Das Strafverfahren war die Folge ernster finanzieller und anderer Schwierigkeiten, in welche die „Mologoleck" während der letzten zwei Jahre geraten war. Die deutsche Gesellschaft hatte von der Sowjet-Regierung Konzessionen zur Ausnützung großer Waldungen erwirkt.

Polen.

Zwei polnische Armeeoffiziere, namens Pietak und Urbaniak, die in Thorn unter der Beschuldigung verhaftet worden waren, deutschen Agenten Pläne für die Verteidigung der Provinz Posen ausgeliefert zu haben, wurden von einem Kriegsgerichte schuldig befunden und auf der Stelle hingerichtet. Es heißt, daß Pietaks Mutter eine Deutsche ist und einen Bruder hat, der im deutschen Geheimdienste steht.

Rumänien.

Der Zustand von König Ferdinand, der an Influenza leidet, besserte sich. Er scheint gekräftigt die Umgebung ermutigt der Umstand, daß der Kranke einen guten Schlaf hatte.

Bulgarien.

Das seit geraumer Zeit im Umlauf befindliche Gerücht über die bevorstehende Einrichtung einer tschechoslowakischen Transitzone im Hafen von Varna, in der Transitlager für Waren aus der Tschecho-Slowakei gebaut werden sollen, wird jetzt durch die amtliche Mitteilung bestätigt, daß die bulgarische Regierung das dazu nötige Gelände im Bereiche des Hafens von Varna bewilligt hat.

Im Zusammenhang damit ist auch von der Gründung einer tschechisch-bulgarischen Schiffahrtsgesellschaft viel die Rede. Eine Konferenz dürfte demnächst in Sofia zusammentreten, um in dieser Angelegenheit einen endgültigen Beschluß zu fassen.

Gleichzeitig wird mitgeteilt, daß Bulgarien durch eine günstige Vereinbarung mit Griechenland bald Zutritt zu einer Freizone in Saloniki erhalten werde. Bereits im vorigen Jahre kam zwischen Bulgarien und Griechenland ein Abkommen zustande, das die Errichtung einer Bahnlinie von Petritsch nach Demirhissar betraf. Diese Strecke wurde Bulgarien eine gute Verbindung mit Saloniki geben. Die bulgarisch-griechische Kommission zur Untersuchung der Bahnterrasse Petritsch-Demirhissar hat ihre Arbeiten beendet und ihr Bericht wurde kürzlich vom griechischen Kabinett gebilligt, so daß mit baldiger Inangriffnahme des Bahnbaues gerechnet werden kann.

Schweiz.

Die Zahl der Witze in der Welt ist um einen vermindert worden. Die Schweiz hat eine Marine, zumindest eine Handelsmarine. Der Rhein ist für die Schiffahrt nun bis Basel eröffnet worden.

Völkerbund.

Die nächste Tagung des Völkerbundes findet, wie nunmehr bestimmt worden ist, vom 6. Juni an in Genf statt. Der Plan, die Tagung nach Berlin zu verlegen, ist fallen gelassen worden. In Berlin sollen blos die Sitzungen der Unterausschüsse für Verkehrswesen und für Sanitätsfragen im Mai, bezw. September stattfinden.

Türkei.

Nach Unterhandlungen mit Major James Cair, dem beratenden Ingenieur der Firma Ulen & Co. von New York, hat die türkische Regierung im Prinzip das Anerbieten eines $20,000,000-Darlehens für Eisenbahn- und andere Bauten in Anatolien angenommen. In den amerikanischen Vorschlag mag der Bau der Linien eingeschlossen werden, wegen welcher vor kurzem mit einer belgischen Gruppe unterhandelt wurde, da erklärt wird, daß diese das für die Ausführung des Kontraktes nötige Geld nicht aufgebracht habe.

China

Ein Funkspruch meldet aus Hankau, daß dort japanische Matrosen genötigt waren, auf eine Volksmenge, die in das japanische Konzessionsgebiet eindrang und zu plündern begann, zu feuern, wobei angeblich zwei Chinesen verletzt wurden. Die Ausschreitungen begannen mit einem Streit zwischen einem japanischen Matrosen und einem Rickschakuli. Die Menge, die sich angesammelt hatte, stürmte den Eingang zum Konzessionsgebiet und plünderte Geschäftshäuser. Es wurde sofort eine Abteilung von Matrosen eines der im Jangtse vor Anker liegenden japanischen Kriegsschiffe an Land gebracht und als die Chinesen der Aufforderung, die Konzession zu verlassen, nicht Folge leisteten, eröffneten die Matrosen aus Maschinengewehren Feuer auf die Eindringlinge. Die Mehrzahl der 2000 in dem Konzessionsgebiet lebenden Japaner sind auf den japanischen Kriegsschiffen vor Hankau untergebracht, während die übrigen unter dem Schutz chinesischer Soldaten in den anderen ausländischen Konzessionen Zuflucht suchten. Japanische Soldaten und Matrosen bewachen das Konzessionsgebiet.

Deutsche waren bisher sicher vor dem Fremdenhaß der Nationalisten, beginnen aber jetzt seine Wirkung im ganzen Jangtsetal zu spüren. Die Deutschen haben Changsha, Provinz Hunan, völlig verlassen, nicht wegen persönlicher Belästigung, sondern weil eine nationalistische Vorschrift Ausländer am Betrieb von Geschäften verhindert. Anderswo am Jangtse kamen jedoch viele kleinere Zwischenfälle vor, ein Zeichen, daß die Deutschen jetzt ebenfalls unter die Feindschaft der Nationalisten fallen. Das ist eine neue Erscheinung. In den anfänglichen Tagen des Feldzuges zur Vertreibung der Ausländer trugen die Deutschen Armbänder, um ihre Nationalität zu zeigen. Sie erwarteten dadurch eine Bevorzugung. Im Januar wurden ein Deutscher und ein Belgier angegriffen, als ein Pöbelhaufe die britische Konzession in Hankau übernahm. Man hielt sie irrtümlich für Briten.

Peking wird jetzt aus zwei Richtungen bedroht: die südlichen Truppen rücken durch die Provinz Kaanhwei die von Pukau nach Tientsin führende Bahnstrecke entlang gegen Peking vor, und nach den neuesten Meldungen liegt die Möglichkeit vor, daß Marschall Feng Ju-Hsiang, der früher der „christliche" General genannt wurde, vom Nordwesten aus mit seiner „Volksarmee" auf die Hauptstadt loszieht.

Truppen der Armee von Marschall Chang Tso-lin, des mandschurischen Heerführers, und Polizei drangen in die Soviet-Botschaft in Peking. Sechs Russen und etwa 20 Chinesen wurden nach der Polizeiwache gebracht, ein Maschinengewehr, 15 Gewehre und Munition aus dem Gebäude entfernt. Maßnahmen zur Bewachung aller Eingänge zu dem Gebäude waren vorher getroffen. Hundert Soldaten und Polizisten, die unter Erlaubnis des diplomatischen Korps handelten, drangen in die Botschaft. Ein Schuß fiel. Ein Russe wurde darauf herausgeschleppt, gefesselt und in einem Motorwagen weggebracht. Die verhafteten Russen und Chinesen werden als Agitatoren bezeichnet.

Japan.

Die ganze japanische Presse verdammt den Zwischenfall in Hankau, wo japanische Blaujacken auf die Chinesen schossen, die plündernd in das dortige Japanerviertel eindrangen. Die Blätter warnen das Land davor, sich über weitere Schwierigkeiten, die sich in China ergeben sollten, aufzuregen und betonen fast einstimmig darauf, daß Japan zwar alle möglichen Maßnahmen zum Schutz seiner Staatsangehörigen treffen, aber daß die Regierung nur dann zur Anwendung militärischer Gewalt schreiten solle, wenn es absolut geboten sein sollte.

Das Auswärtige Amt teilte der „Ass. Preß" mit, Japans Politik, sich in China nicht einzumischen, habe keine Aenderung erfahren. Gegen vereinzelt auftretende Zwischenfälle würden die üblichen Proteste erhoben werden, aber die japanische Regierung werde eine Politik des Abwartens aufrecht erhalten. Das Auswärtige Amt dementierte die Meldung, daß den japanischen Staatsangehörigen die Weisung erteilt sei, Hankau zu verlassen; die Regierung werde nur solchen Japanern, die die Stadt zu verlassen wünschten, dabei behilflich sein.

Die Verwendung der Hohenzollern-Schlösser

Auf Grund des Vergleichs zwischen dem preußischen Staat und dem Hohenzollern-Hause gingen am 1. April zahlreiche ehemalige Königsschlösser in den Besitz des Staates über. Im preußischen Finanzministerium erwartet man keine Schwierigkeiten bei der Durchführung des Vertrages, weil der Staat schon seit 7 Jahren infolge der Beschlagnahme mit der Verwaltung des Hohenzollern-Vermögens betraut war. Die Forsten und Domänen werden in Zukunft von dem Landwirtschaftsministerium verwaltet werden. Für die Museumszwecke bestimmten Schlösser wird ab 1. April eine besondere Verwaltung beim Kultusministerium eingeführt, die „Verwaltung der staatlichen Schlösser und Gärten." Zu den Museumsschlössern gehören das Alte Schloß, Schloß Monbijou, Charlottenburg, Sanssouci, das Neue Palais, die Pfaueninsel, Wilhelmshöhe, Schloß und Park zu Brühl; ebenso wird voraussichtlich das Schloß oder Teile des Schlosses zu Wiesbaden als Museumsschloß Verwendung finden. In den Neuengebäuden dieses Schlosses sind zurzeit englische Truppen einquartiert, während der Hauptteil des Schlosses selbst von der Besetzung frei ist. Weiter werden vom Kultusministerium verwaltet werden: Burg Sonek a. Rh., Schloß Stolzenfels a. Rh., Baselsberg und das Schloß Königswinter-Lauten. Es ist geplant, im Kronprinzenpalais die Generalverwaltung der preußischen Staatstheater unterzubringen. Wegen Schloß und Park Niederschönhausen schweben Verkaufsverhandlungen mit Pankow. Die Schlösser zu Königsberg, Stettin, Oranienburg, Liegnitz, Breslau, Quedlinburg, Merseburg, Osnabrück, Münster und Kassel sind bereits seit längerer Zeit zum größten Teil vermietet. Das Schloß zu Hannover ist an die Stadt Hannover abgegeben worden, das Kieler Schloß an die Provinz Schleswig-Holstein.

Ueber die Verwendung des Jagdschlosses Hubertusstock ist endgültig noch nicht entschieden worden. Das Jagdschloß Saupark bei Springe dient als Kindererholungsheim, das Jagdschloß Göhrde ist zu einem Beamtenerholungsheim umgewandelt worden, und im Jagdschloß Letzlingen hat eine freie Schulgemeinde Aufnahme gefunden.

Die im Schloß Berlin befindliche Hausbibliothek wird nach den Grundsätzen der preußischen Staatsbibliotheken verwaltet werden, und in diesem Sinne auch der Oeffentlichkeit allgemein zugänglich sein.

Die dem Staate zugefallenen preußischen Kroninsignien, Zepter, Reichsapfel, Reichssiegel, Reichsfahne und Reichsheim, werden in einem dem Staate verbliebenen Schloß öffentlich ausgestellt werden.

Schön zu denken

Schön zu denken: daß am Rhein einmal,
So weit von den Bergen die Augen sehen,
Ueber dem Flusse, über dem Tal
Und auf Burgen, zerstört und kahl,
Ueberall deutsche Fahnen wehen.
Schön zu denken: daß Orangewind,
Blumendurchflochten, auf Straßen und Plätzen
Kündet, daß, sicher im Schutz von Gesetzen,
Alle Deutschen nun einig sind!

Schön zu denken: daß mit dem Ranzen
Wanderburschen die Straßen ziehn;
Und daß Paare unterm Jasmin,
Unter den blühenden Syringen
Nicht mehr die Regenhopfer springen,
Nein, — zu heimlichen Melodien —
Wieder die alten Reigen tanzen!
Schön zu denken: daß alte Leute
Längst vergaßen Elend und Not
Und, gesund von der Heimat Brot,
Wieder zwischen Arbeit und Freude
Ohne Unrast und Uebertreiben
Froh, verständig und glücklich bleiben!

Schön zu denken: daß ohne Hassen
Wieder in guter Zucht die Jungen
Auch die Alten was gelten lassen;
Ja, zuweilen — ohne Grimassen —
Fröhlich zwischern: „Wie jetzt gelungen!

Schön zu denken, daß ich erreicht
Selber das Letzte, um nichts mehr in Not bin.
Weniger schön zu denken vielleicht —
Daß ich dann lange, lange schon tot bin.

Diogenes.